



Jahresbilanz der Mobilen Opferberatung 2020

155 politisch rechts motivierte Angriffe mit 219 direkt Betroffenen hat die Mobile Opferberatung in Kooperation mit der Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalttaten in Dessau für das Jahr 2020 in Sachsen-Anhalt dokumentiert. Statistisch gesehen bedeutet dies, dass im vergangenen Jahr jede Woche mindestens vier Menschen aus rassistischen, rechten, antisemitischen oder schwulen- und trans*-feindlichen Motiven in Sachsen-Anhalt angegriffen wurden.

Dabei ist von einer hohen Dunkelziffer von Angriffen auszugehen, die weder den Ermittlungsbehörden noch der Mobilen Opferberatung bekannt werden. So wird sich auch die Anzahl der vom Projekt registrierten politisch rechts motivierten Gewalt in 2020 – wie in den Vorjahren – durch Nachmeldungen noch erhöhen. Legt man die 135 rechten Angriffe für 2019 zugrunde, die der Mobilen Opferberatung bis April 2020 bekannt geworden waren, ist für 2020 ein **Anstieg rechter Gewalt um 15 Prozent** im Vergleich zum Vorjahr zu konstatieren. 20 weitere Angriffe für 2019 wurden erst nachgemeldet.

Anhaltendes Wahrnehmungsdefizit bei polizeilicher Erfassung

Darüber hinaus müssen wir erneut ein fortbestehendes Wahrnehmungsdefizit bei der polizeilichen Erfassung politisch rechts motivierter Gewalt feststellen. Denn obwohl **121** der von der Mobilen Opferberatung dokumentierten **155 Angriffe** sowohl **polizeibekannt** sind als auch nach den Kriterien der Sicherheitsbehörden als Gewalttaten zählen, gab das **Innenministerium Sachsen-Anhalts** Ende März 2021 lediglich **85 politisch rechts motivierte Gewalttaten** bekannt. Das bedeutet, dass Polizei und Landeskriminalamt etwa **30 Prozent** der von der Mobilen Opferberatung als rechts, rassistisch oder antisemitisch motiviert dokumentierten Gewalttaten in 2020 **nicht** als solche **gewertet** haben.

Bislang muss davon ausgegangen werden, dass auch der von der Mobilen Opferberatung als rassistischer Mordversuch gewertete Angriff auf einen palästinensisch-syrischen Geflüchteten am 1. Mai 2020 in Halle (Saale) von den Behörden nicht anerkannt wurde. Denn obwohl die Partei DIE LINKE in ihren parlamentarischen Anfragen zu politisch rechts motivierten Gewalttaten monatlich auch Nachmeldungen aus den Vormonaten erfragt und zusätzlich eine quartalsweise Aufschlüsselung erbittet, sucht man die Tat in den entsprechenden Antworten der Landesregierung vergeblich.

Ebenso wie die Körperverletzung vom 9. April 2020 in Magdeburg, als eine 35-Jährige nach vorangegangenen rassistischen Beleidigungen von einer Unbekannten mit der Faust ins Gesicht geschlagen wurde, die dann noch versuchte, die zweijährige Tochter auf dem Arm ihrer Mutter zu schlagen, und die Betroffenen bespuckte. Auch zwei Angriffe in Halle (Saale) sind bislang nicht aufgeführt: Am 3. Juni wurde ein 28-Jähriger nach seinem Widerspruch gegen neonazistische und antisemitische Parolen von dem Täter geschlagen und später noch mit einer Bierflasche beworfen. Am 17. Juli wurde ein 17-jähriger, syrischer Jugendlicher nach rassistischen Beleidigungen zwei Mal ins Gesicht geschlagen.

Straftatbestände

80 Prozent aller von der Beratungsstelle registrierten Angriffe in 2020 waren **Körperverletzungsdelikte** (2019: 84 %; vgl. Abb. 2). Davon waren **74** einfache Körperverletzungen und **50** gefährliche Körperverletzungen, also Gewalttaten, die im Wesentlichen entweder aus einer Gruppe heraus und/oder mittels einer Waffe bzw. einem gefährlichen Gegenstand begangen



Unterstützung
für Betroffene
rechter, rassistischer und
antisemitischer Gewalt

wurden. So wie am 26. Juli in Lieskau (Saalekreis), als ein 19-jähriger Mann of Color am Steinbruchsee unter rassistischen Beleidigungen von drei Unbekannten geschlagen und getreten wurde.

Neben dem **versuchten Mord** hat das Projekt noch **eine Freiheitsberaubung** und **fünf Brandstiftungen** in 2020 dokumentiert, wie am 8. März in Burg (Jerichower Land), als Unbekannte mithilfe von Brandbeschleuniger ein internationales Lebensmittelgeschäft anzündeten und dabei zwei große Hakenkreuzsprühereien hinterließen.

Zudem wurden aufgrund der massiven psychischen und/oder sozialen Folgen für die Betroffenen **22 Nötigungen bzw. Bedrohungen** sowie **zwei Sachbeschädigungen** in die Statistik für 2020 aufgenommen. So wurde am 7. März ein Mann of Color auf dem Weg vom Einkaufen in Magdeburg plötzlich von einer Unbekannten rassistisch beleidigt, die schließlich eine täuschend echt aussehende Softairpistole zog und damit auf den Betroffenen zielte. Am 10. März erhielt ein Sprecher des Halleschen Studierendenrats per E-Mail eine Morddrohung mit Bezug zum rechtsterroristischen Anschlag. So hieß es u.a., man wolle seine Leiche „neben der Synagoge aufhängen“. Oder am 18. August, als Unbekannte den Briefkasten eines 19-jährigen Antifas sprengten und an der Toreinfahrt ein Hakenkreuz hinterließen.

Tatmotive

Rassismus gegen als Schwarze bzw. Menschen of Color (BPoC), Muslim*innen oder Rom*nja gelesene Menschen war wie in den Vorjahren bei mehr als zwei Dritteln aller Angriffe auch in 2020 das mit Abstand häufigste Tatmotiv (2020: 68 %, 2019: 71 %, 2018: 70 %). So waren 106 der 155 von der Mobilien Opferberatung registrierten Gewalttaten **rassistisch motiviert** – mit **150** direkt Betroffenen (vgl. Abb. 3). So hatten z.B. am 18. März 2020 in Magdeburg mehrere Männer versucht, einer 53-jährigen Syrerin unter rassistischen Beschimpfungen das Kopftuch zu entreißen und sie gegen ein Auto gestoßen.

30 Angriffe – also fast jede fünfte politisch rechts motivierte Gewalttat (19 %; 2019: 16 %) – richteten sich gegen insgesamt **48** Menschen, die von den Tätern als **politische Gegner*innen** wahrgenommen wurden – sei es, weil sie bei Angriffen oder gegen rechte Parolen auf der Straße intervenierten, sich für den Schutz von Menschenrechten einsetzten oder als Journalist*innen rechte Aktivitäten dokumentierten. Wie beispielsweise zwei Studenten, die am 10. Mai 2020 in Magdeburg auf dem Nachhauseweg einen lauthals skandierten Hitlergruß nicht unwidersprochen lassen wollten und daraufhin von mehreren Unbekannten aus der Gruppe so massiv geschlagen und getreten wurden, dass einer von ihnen im Krankenhaus behandelt werden musste. Oder der Jugendliche, der am 10. Juli in Halle (Saale) am Rande einer Fridays-for-Future-Demonstration plötzlich von hinten von einem augenscheinlich Rechten attackiert wurde.

Acht dieser Angriffe mit **15** direkt Betroffenen – also etwa jede vierte Gewalttat gegen politische Gegner*innen – hatten einen direkten Bezug zur **Coronaleugner*innenszene**: So wurden Gegenprotestierende, kritische Beobachter*innen oder Journalist*innen am Rande von Versammlungen zum Ziel einiger ihrer zumeist äußerst aggressiv auftretenden Anhänger. Zum Beispiel am 9. Mai 2020, als ein 28-jähriger Student in Halle (Saale) von einem Coronaleugner beleidigt und dann aus geringer Distanz bespuckt wurde, nachdem der extrem rechte Anmelder die Teilnehmer namentlich auf den zivilgesellschaftlich Aktiven aufmerksam gemacht hatte. Die Ermittlungen gegen einen 21-jährigen organisierten Rechten wegen Körperverletzung wurden jedoch von der Staatsanwaltschaft Halle eingestellt, weil sie kein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung erkennen wollte.



Unterstützung
für Betroffene
rechter, rassistischer und
antisemitischer Gewalt

Neun Angriffe – und damit sieben mehr als im Jahr davor – waren in 2020 **antisemitisch** motiviert, wie die Bedrohung eines 53-jährigen Juden am 9. Mai in Zeitz (Burgenlandkreis) durch einen Nachbarn, der den Betroffenen bereits zuvor immer wieder antisemitisch beleidigt hatte. Zwei antisemitische Körperverletzungen wurden am 8. August bei Protesten gegen eine Corona-leugner*innendemonstration in Halle (Saale) von Polizist*innen verübt, die gezielt gewaltvoll gegen eine Person mit erkennbar jüdischer Symbolik vorgingen. Während in 2020 zehn Menschen direkt von antisemitischer Gewalt betroffen waren, waren es im Jahr zuvor 53 – davon 52 im Zusammenhang mit dem rechtsterroristischen Attentat.

Sechs weitere Angriffe richteten sich **gegen alternative bzw. nicht-rechte Personen**.

In **vier** Fällen wurde in 2020 Gewalt dokumentiert, die sich **gegen als schwul und trans* gelesene Menschen** gerichtet hat. So wurde am 3. Januar ein 21-Jähriger, als er Hand in Hand mit seinem Freund durch Halle (Saale) lief, vor einer Diskothek von einem Unbekannten mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Oder der Angriff auf einen 49-Jährigen am 21. Juli in Halle (Saale), als sein extrem rechter Nachbar versuchte, ihm die Tür einzuschlagen und zu -treten, nachdem er den Betroffenen bereits im Vorfeld mehrfach schwulenfeindlich beleidigt hatte. Die Anzahl der bekannt gewordenen, LSBTIQ-feindlichen Angriffe hat sich im Vergleich zum Vorjahr halbiert (2019: 8). Allerdings ist auch in diesem Bereich von einem hohen Dunkelfeld auszugehen.

Betroffene nach Alter und Geschlecht

Insgesamt waren 2020 mindestens **219** Menschen **direkt** von politisch rechts motivierter Gewalt in Sachsen-Anhalt betroffen – und damit 85 weniger als im Jahr zuvor. Allerdings waren allein von dem rechtsterroristischen Anschlag in 2019 68 Menschen direkt betroffen. Mindestens **21** Personen waren in 2020 zudem **indirekt** betroffen, also ebenfalls Ziel der Gewalttaten, wurden aber nicht unmittelbar verletzt. Die Zahl derer, die als Angehörige und Freund*innen von Betroffenen oder Zeug*innen ebenso unter den Folgen der Angriffe leiden, ist statistisch nicht erfasst.

Unter den direkt Betroffenen bzw. Verletzten in 2020 waren mindestens **26 Jugendliche** (14–17 Jahre) und **16 Kinder** (0–13 Jahre) (vgl. Abb. 4). Das bedeutet, dass wie bereits in 2019 etwa jede*r fünfte direkt Betroffene minderjährig war (2020: 19 %; 2019: 22%). 19 Jugendliche und alle Kinder wurden aus rassistischen Motiven und zumeist von deutlich älteren Angreifer*innen attackiert (vgl. Abb. 5). Wie zum Beispiel am 31. Juli in Magdeburg, als ein 11-Jähriger, der in einer Schwimmhalle von einer Unbekannten rassistisch beleidigt und so gegen die Schulter geschlagen wurde, dass er ins Schwimmbecken stürzte. Für Kinder und Jugendliche sind die Folgen rassistischer Gewalt besonders gravierend – und in der Regel wirkt sich dies teilweise massiv auf die gesamte Familie aus.

Von den 219 direkt Betroffenen in 2020 waren **159 männlich**, **45 weiblich**, **2 trans* weiblich** und **2 trans* männlich** (vgl. Abb. 6). Damit richteten sich 23 Prozent der Gewalt gegen Frauen* bzw. Mädchen (2019: 26 %). Mehr als zwei Drittel der Angriffe auf Frauen und Mädchen in 2020 waren rassistisch motiviert. So wie am 4. Januar in Halle (Saale), als eine 27-jährige Irakerin vor den Augen ihrer beiden Kinder von einer Unbekannten rassistisch beleidigt und mit Pfefferspray im Gesicht besprüht wurde.



Unterstützung
für Betroffene
rechter, rassistischer und
antisemitischer Gewalt

Tatorte und Regionale Verteilung

Besonders alarmierend war in 2020 die Verdopplung rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt im direkten Wohnumfeld mit 33 Angriffen (2019: 16). Dabei sind die psychischen Folgen für die Betroffenen – gerade unter Pandemiebedingungen, wo viele Menschen erheblich mehr Zeit zu Hause verbringen – oftmals gravierend und lang anhaltend. So erfüllt der persönliche Wohnraum häufig eine besondere Schutz- und Rückzugsfunktion. Durch rechte Angriffe auf das eigene Zuhause oder im unmittelbaren Umfeld kann das Sicherheitsgefühl Betroffener massiv erschüttert werden, oft verbunden mit einem chronisch hohen Stresslevel. Zwei Drittel aller rechten Angriffe in 2020 wurden im öffentlichen Raum verübt (2020: 67 %; 2019: 72 %).

Mit **44** politisch rechts motivierten Gewalttaten in 2020 steht die Stadt **Halle (Saale)** sowohl in den absoluten Zahlen als auch gemessen an der Einwohner*innenzahl weiterhin an oberster Stelle (2019: 46). Halle (Saale) bleibt damit Schwerpunkt rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt, allerdings dicht gefolgt von **Magdeburg**, wo mit **40** Angriffen ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen ist (2019: 28). Zudem wurden **11** Angriffe für den Landkreis **Anhalt-Bitterfeld** registriert, womit sich die Anzahl politisch rechts motivierter rechter Gewalttaten hier nahezu verdoppelt hat (2019: 6). Weitere Schwerpunktregionen sind der Landkreis **Börde** und der **Saalekreis** mit **9** politisch rechts motivierten Angriffen (2019: 11 bzw. 7) und der Landkreis **Harz** mit **8**, womit sich die Angriffe hier fast verdreifacht haben (2019: 3). Gefolgt vom **Altmarkkreis Salzwedel** und **Dessau-Roßlau** mit jeweils **6** (2019: 11 bzw. 3), **Stendal** mit **5** (2019: 3), dem **Burgenlandkreis**, **Jerichower Land**, **Mansfeld-Südharz** und **Wittenberg** mit jeweils **4** (2019: 6/4/0/14) und dem **Salzlandkreis** mit **einer** rassistisch motivierten Gewalttat (2019: 5) (vgl. Abb. 8 und 9).

Weitere Details zu den benannten Angriffen sowie weiteren rechten Gewalttaten in 2020 sind unter <https://www.mobile-opferberatung.de/monitoring/chronik-2020/> zu finden.

Grafiken zur Jahresbilanz der Mobilen Opferberatung für 2020

Abb. 1: politisch rechts motivierte Gewalt und direkt Betroffene im Zehn-Jahresvergleich

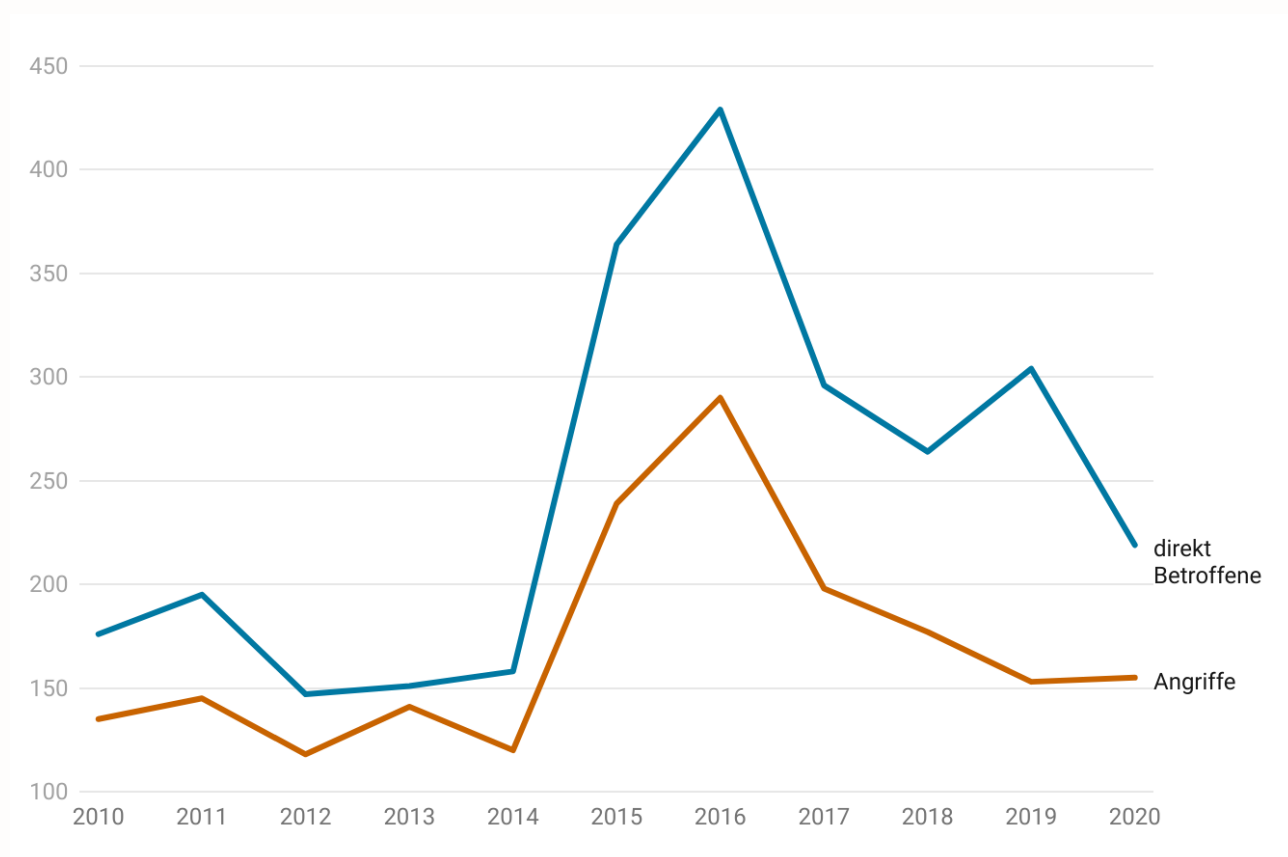


Abb. 2: politisch rechts motivierte Gewalt 2020 nach Straftatbeständen

■ einfache Körperverletzung (74)
 ■ gefährliche Körperverletzung (50)
 ■ Nötigung/Bedrohung (22)
 ■ Brandstiftung (5)
 ■ massive Sachbeschädigung (2)
 ■ versuchte Tötung (1)
 ■ Freiheitsberaubung (1)

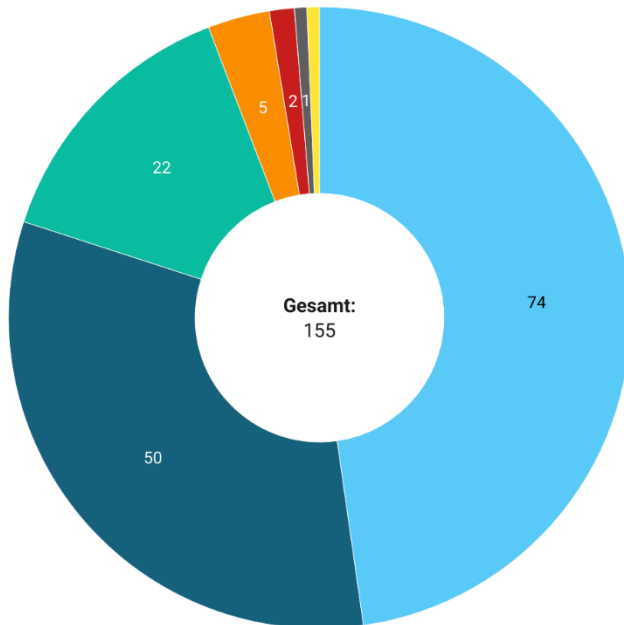


Abb. 3: politisch rechts motivierte Gewalt 2020 nach Tatmotiven

■ Rassismus (106)
 ■ gegen politische Gegner*innen (30)
 ■ Antisemitismus (9)
 ■ gegen Nichtrechte (6)
 ■ LSBTIQ-Feindlichkeit (4)

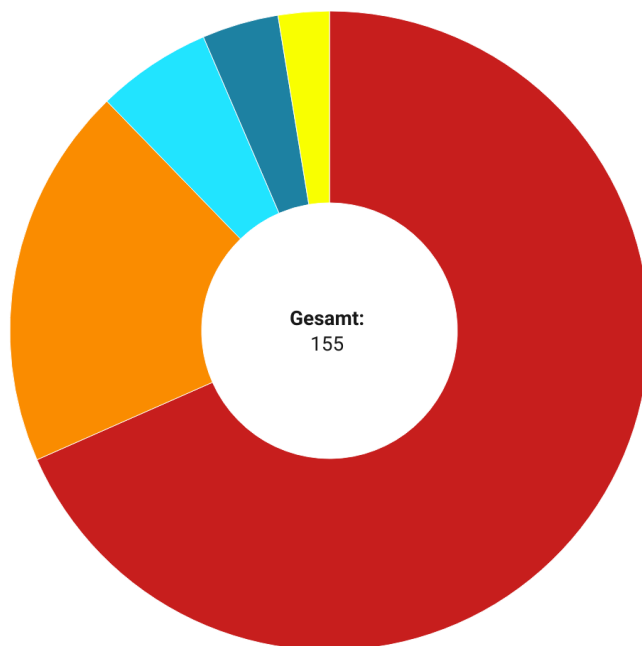


Abb. 4: Betroffene rechter Gewalt 2020 nach Alter

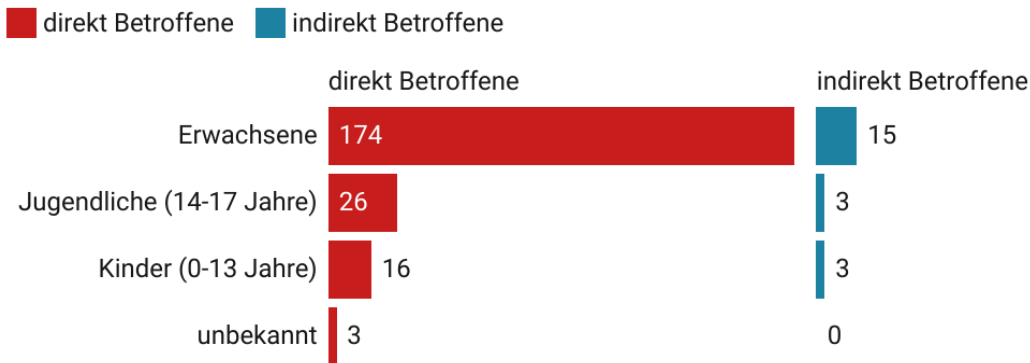
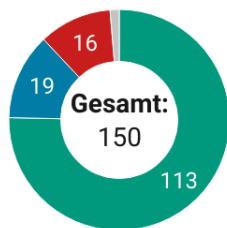
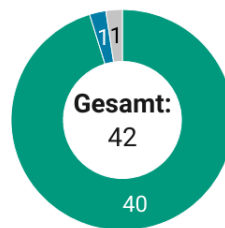


Abb. 5: Betroffene rechter Gewalt 2020 nach Tatmotiv und Alter

- Erwachsene
- Jugendliche (14-17 Jahre)
- Kinder (0-13 Jahre)
- unbekannt



Rassismus



gegen pol.
Gegner*innen



LGBTIQ-Feindlichkeit



gegen Nichtrechte



Antisemitismus

Abb. 6: Betroffene rechter Gewalt 2020 nach Geschlecht

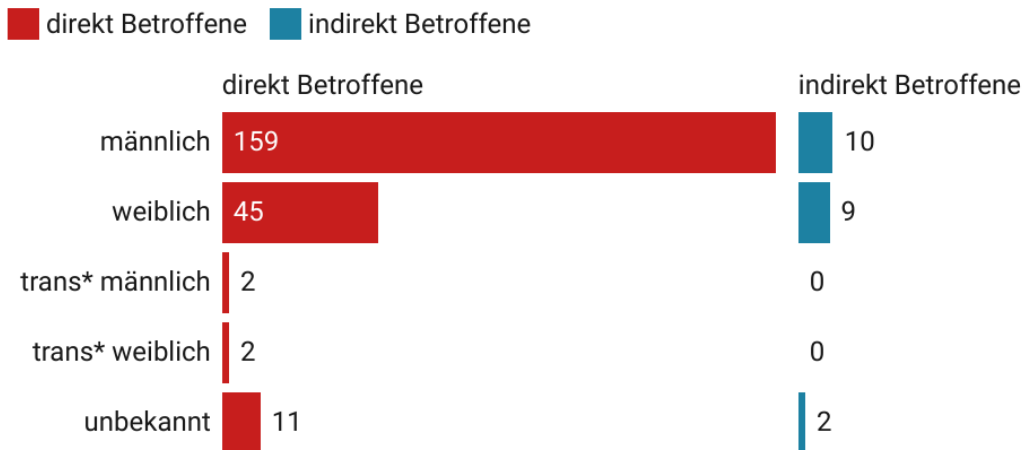


Abb. 7: Betroffene rechter Gewalt 2020 nach Tatmotiv und Geschlecht

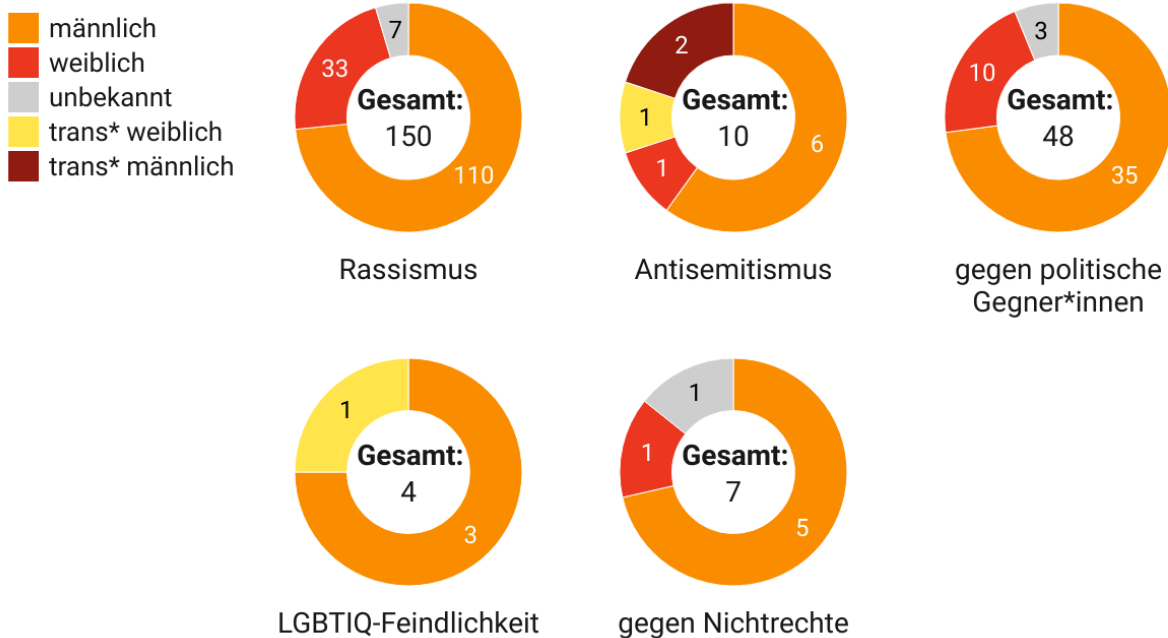


Abb. 8 politisch rechts motivierte Gewalt 2020 nach Landkreisen/ kreisfreien Städten

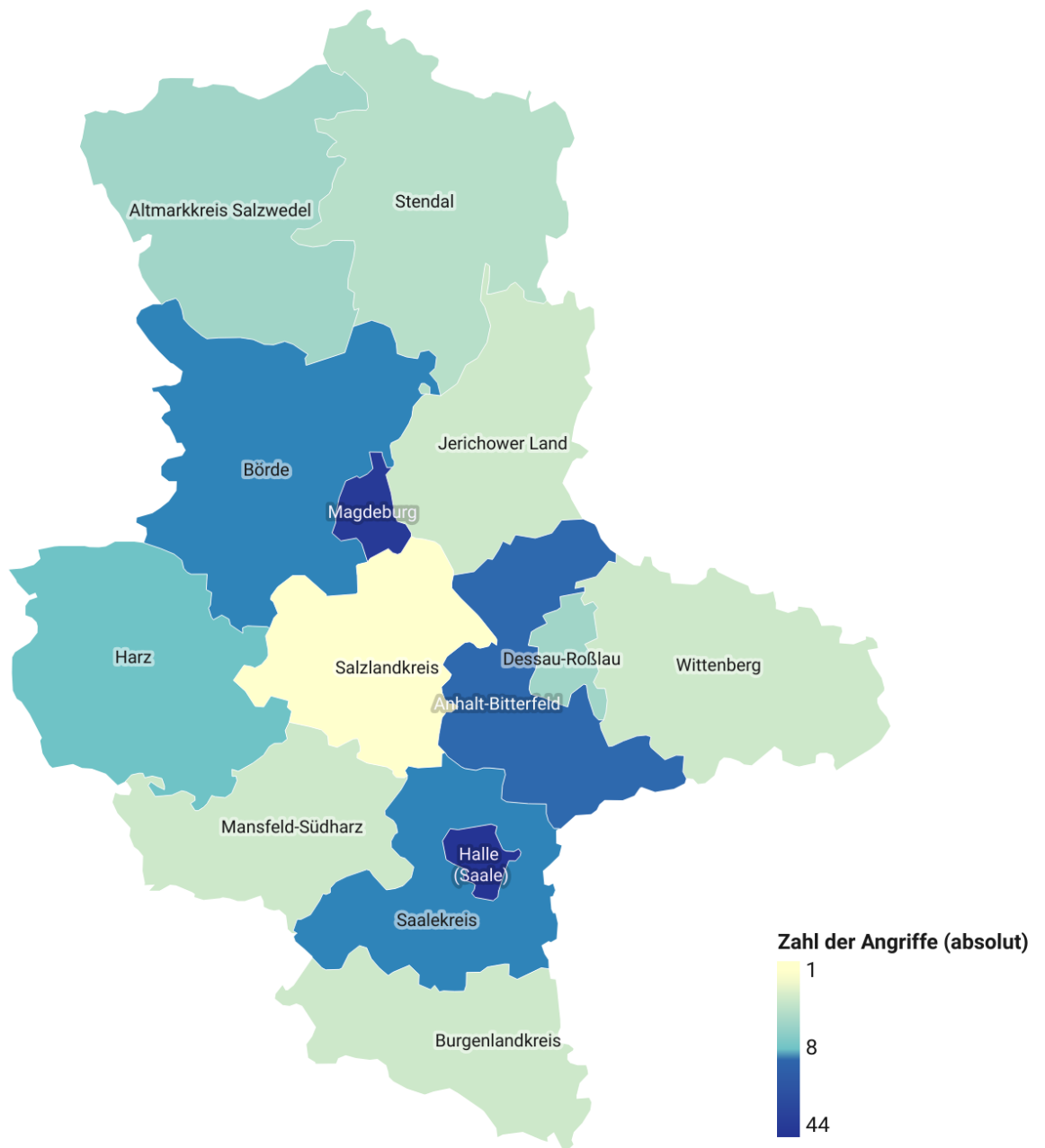
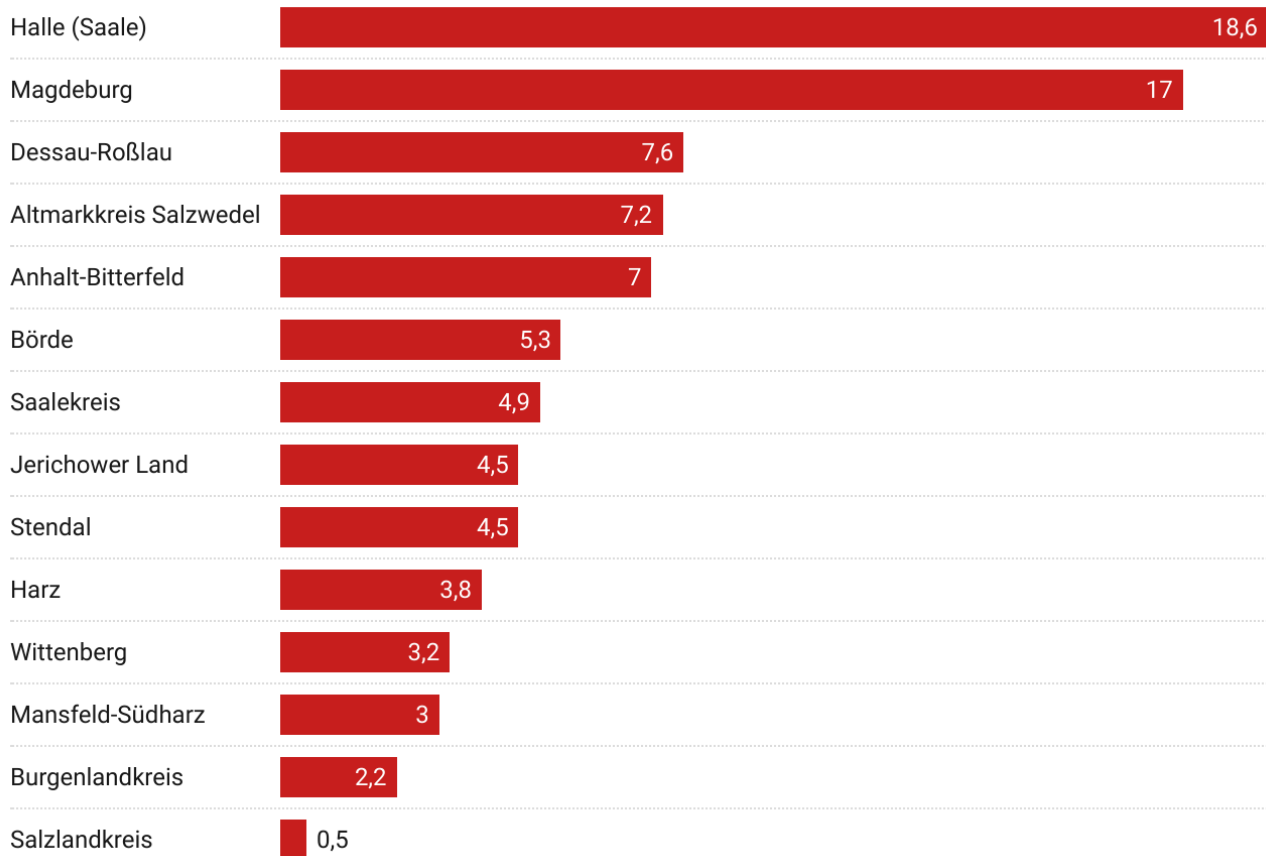


Abb. 9 politisch rechts motivierte Gewalt 2020 je 100.000 Einwohner*innen

Bevölkerungszahl laut Statistischem Landesamt Sachsen-Anhalt (Stand 30.09.2020)



Die Grafiken wurden mit Datawrapper erstellt und sind unter Nennung der Quelle (Mobile Opferberatung, Stand: 15.4.2021) zur freien Nutzung verfügbar.

Sie finden diese und weitere interaktive Grafiken auch auf der Webseite des Projekts: www.mobile-opferberatung.de